

In die Zukunft blicken

TRIBÜNE-Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

TRIBÜNE: Wenn ein guter Freund sechzigsten Geburtstag feiert, sind besondere Reden und Geschenke an der Tagesordnung. Was möchten Sie Israel zum Sechzigsten sagen oder schenken?

MERKEL: Israel ist für mich ein faszinierendes Land. Was ich als Bundeskanzlerin bei meinem Besuch im März bei meinen Begegnungen, Gesprächen, in der Knesset oder bei den ersten Regierungskonsultationen erlebt habe, war sehr beeindruckend und hat mich persönlich sehr berührt. Auch an dieser Stelle deswegen noch einmal: Herzlich gratuliere ich zum 60. Geburtstag. Israel hatte in seinen sechzig Jahren eine bewegte und auch sehr schmerzliche Geschichte, aber es konnte dennoch viele Erfolge erzielen und ist die einzige wirkliche Demokratie in der ganzen Region. Die Bundesregierung hat, im Hinblick auf unsere



besondere historische Verantwortung und auch wegen unserer Nähe zu Israel beschlossene, jährliche Regierungskonsultationen mit dem israelischen Kabinett einzuführen. Für uns ist es von großer Bedeutung, dass wir neben dem Gedenken an die Vergangenheit auch eine Freundschaft aufbauen, die zukunftsfähig ist. Eben diesem Blick nach vorn dienen die neuen, künftig regelmäßigen Treffen auf höchster Regierungsebene. Auftakt war der Besuch in Israel im März: Die deutsche Delegation, bestehend aus dem Vizekanzler, einigen Ministern und mir als Bundeskanzlerin, traf dabei auch mit dem jeweiligen israelischen Gegenüber zu ersten Gesprächen zusammen. Schon dabei wurden verschiedene Zukunftsprojekte initiiert, die unsere Zusammenarbeit besonders in Wirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltfragen verstärken werden. Erwähnen möchte ich beispielhaft zwei konkrete Projekte in diesem Jahr: Das deutsch-israelische Wirtschaftsforum, das die gegenseitigen Investitionen besonders im Energiesektor intensivieren soll, und das deutsch-israelische Jahr der Wissenschaft und Technologie, mit dem wir u. a. die Begegnung des wissenschaftlichen Nachwuchses befördern und unsere Zusammenarbeit auf neue Felder wie zivile Sicherheitsforschung und saubere Umwelttechnologie erweitern wollen.

TRIBÜNE: Sechzig Jahre Israel bedeutet aber leider auch sechzig Jahre Kriegszustand im Nahen Osten. Alle Versuche, zwischen Israelis und Palästinensern eine friedliche Nachbarschaft zu vermitteln, scheiterten bisher. Für die aussichtslose Situation wird fast immer Israel verantwortlich gemacht.

MERKEL: Jeder weiß: Zum Frieden gehören immer zwei Seiten, und beiden wird dabei Kompromissbereitschaft abverlangt. Ein großes Problem ist natürlich, dass Israel auch von Staaten umgeben ist, die sein Existenzrecht noch nicht anerkannt haben. Dennoch ist ein Frieden möglich – das haben insbesondere die strategische Zusammenarbeit mit Ägypten und die Kooperation mit Jordanien bewiesen. Lässt man die sechzig Jahre seit der Staatsgründung Revue passieren, waren sie sicherlich nicht einfach. Es existiert noch eine Reihe ungeklärter Fragen und Probleme, aber es gab auch Fortschritte, die man noch vor einigen Jahrzehnten nicht für möglich gehalten hätte.

TRIBÜNE: Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat Ihnen im vergangenen Jahr den Leo-Baeck-Preis verliehen. Eines der gewichtigsten Argumente für diesen Preis war Ihre unmissverständliche Haltung gegenüber Israel, für dessen uneingeschränktes Existenzrecht und Sicherheit Sie sich engagiert einsetzen. Damit gehören sie zur Zeit zu den wenigen echten Freunden Israels auf internationaler Ebene.

MERKEL: Ich habe mich damals sehr gefreut über die Auszeichnung, die für mich sowohl eine Ehre als auch eine Verpflichtung bedeutet. Aber ich glaube nicht, dass Israel so wenige echte Freunde auf der Welt hat. Im Gegenteil: Israel hat sehr viele Freunde. Freundschaft bedeutet ja keinesfalls, jeden politischen Schritt uneingeschränkt zu begrüßen, den die israelische Regierung momentan macht. Auch in Israel selbst wird intensiv diskutiert – es hat eine sehr große und auch widersprüchliche Parteienlandschaft, eine starke Opposition und nicht zuletzt eine Regierung, die sich ihre Politik nicht leicht macht. Das Wichtigste ist für mich, entschieden an den unabdingbaren Grundpositionen für Frieden im Nahen Osten festzuhalten, zu Israels Existenzrecht und seiner Zukunft zu stehen und darauf eine offene politische Diskussion aufzubauen. Für die Zeit, wenn die Opfergeneration der Shoa eines Tages nicht mehr lebt, müssen wir eine Basis für die Zusammenarbeit legen, die sowohl die Geschichte kennt und als Mahnung versteht, als auch in die Zukunft blickt. Deshalb wollen wir den Jugendaustausch intensivieren und denken über Projekte der trilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Wasserbewirtschaftung nach, dass wir gemeinsam Projekte in Afrika umsetzen wollen, um die Verantwortung Israels und Deutschlands für die Verbesserung der Lebenssituation in der Dritten Welt wahrzunehmen.

TRIBÜNE: Ist es überhaupt möglich, einen Ausgleich zu finden zwischen Ihrem Engagement zur Isolierung des Iran, der den Terror im Nahen Osten finanziert, und den wirtschaftlichen Interessen Europas – insbesondere Deutschlands, das einer der größten Handelspartner des Iran ist?

MERKEL: Ich bin der Überzeugung, dass man diesen Konflikt auf diplomatischem Wege lösen kann und lösen muss. Dazu gehört jedoch auch Druck, wenn nicht anders möglich. Daher haben wir jetzt eine dritte Sanktionsresolution im UN-Sicherheitsrat beschlossen, die Iran innerhalb der Völkergemeinschaft weiter isoliert hat. In der Europäischen Union wird auch über weiter gehende Maßnahmen diskutiert. Bis heute konnte der Iran keine überzeugende Erklärung liefern, zu welchem Zweck er an der Anreicherung von nuklearem Brennstoff arbeitet und warum er immer noch nicht voll mit der Atomenergieorganisation in Wien zusammenarbeitet. Gerade jetzt, nachdem Russland Brennstäbe für das iranische Atomkraftwerk geliefert hat, ist die Notwendigkeit einer Klärung noch größer. Aufgrund der Sanktionen sind die Geschäfte der deutschen Wirtschaft mit dem Iran schon deutlich zurückgegangen und gehen weiter zurück. Auch erteilt die Bundesregierung Hermesbürgschaften für Exporte einheimischer Unternehmen in den Iran nur noch in sehr eingeschränktem Umfang und zu erheblich verschärften Bedingungen.

TRIBÜNE: Der französische Staatspräsident will sogar Libyen mit atomarer Technik beliefern, wie es offiziell heißt.

MERKEL: Bei jedem, der eine friedliche Nutzung der Kernenergie anstrebt, muss garantiert sein, dass alle Sicherheitskriterien erfüllt werden. Je mehr Länder friedliche Nutzer der Kernenergie sind, umso wichtiger wird die Einhaltung der internationalen Sicherheitsstandards. Wir alle wissen aus leidvollen Erfahrungen – denken Sie an Tschernobyl –, dass Strahlung nicht an den Grenzen eines Landes halt macht, sondern Millionen von Menschen in weiten Regionen treffen kann. Deshalb müssen wir hier eine gemeinsame, globale Verantwortung anerkennen und wahrnehmen. Gerade bei der Festlegung von Sicherheitsstandards im internationalen Bereich muss nach meiner Auffassung noch viel mehr getan werden.

TRIBÜNE: Können Sie es sich erklären, warum die Weltöffentlichkeit für den Konflikt im Nahen Osten einseitig Israel verantwortlich macht? Es sind doch die Palästinenser, die immer wieder Raketen auf zivile Ziele abfeuern oder mit Selbstmordattentaten unschuldige Menschen schädigen und ermorden. Dennoch hat sich das Klischee vom übermächtigen israelischen Staat als Unterdrücker und Aggressor in vielen Köpfen festgesetzt.

MERKEL: Keinem Beteiligten bringt es irgendetwas, immer nur zurückzublicken. Wir müssen vielmehr den Blick nach vorne richten. Es ist dringend notwendig, die Gespräche jetzt fortzusetzen und die mit Annapolis verknüpften Hoffnungen auf einen neuen Anlauf im Friedensprozess nicht im Sande verlaufen zu lassen. In meinen Gesprächen mit Ministerpräsident Olmert habe ich deutlich gemacht, wie sehr ich es begrüße, dass es regelmäßige Gespräche zwischen ihm und Präsident Abbas gibt, genauso wie die Verhandlungsführer im Rahmen des Annapolis-Prozesses ihrer Aufgabe weiter nachgehen. Die materielle Lage der Menschen in den palästinensischen Autonomiegebieten muss sich verbessern, damit auch sie sehen, welchen Mehrwert Frieden und Abkehr vom Terrorismus bedeuten. Doch bis dahin müssen wir weiterhin Israel beim Kampf gegen den Terror unterstützen. Kontakte mit der Hamas kommen für uns deshalb nur in Frage, wenn die Quartettkriterien erfüllt sind, d. h. insbesondere Israel anerkannt und auf Gewalt verzichtet wird. Der Beschuss mit Kassam-Raketen ist ein schweres Unrecht. Niemand auf der Welt kann verlangen, dass ein Staat Angriffe einfach so ohne Gegenreaktionen hinnimmt. Wenn wir die Situation einmal auf unser eigenes Land zu übertragen versuchen, wenn also bei uns ständig Menschen verletzt oder getötet werden, das übersteigt jede Vorstellungskraft. Niemand bestreitet Israel das Recht, sich gegen terroristische Angriffe zu verteidigen und zur Wehr zu setzen.

TRIBÜNE: Das heißt, Notwehr muss akzeptiert werden. Es reicht nicht, Verständnis zu signalisieren, ohne das konkrete Handeln zu akzeptieren.

MERKEL: Der Terrorismus muss bekämpft werden. Es muss alles getan werden, damit diese Kassam-Raketen nicht weiter abgeschossen werden. Und dazu ist Terrorismusbekämpfung eine notwendige Voraussetzung.

TRIBÜNE: Sie erwähnten gerade Annapolis und die Geberkonferenz. Dort wurde auch ein Appell an Israel gerichtet, die Blockade des Gazastreifens zu lockern. Aber kein einziger Politiker hat wie Sie das Ende des Terrorismus gefordert.

MERKEL: Natürlich würden wir uns wünschen, dass die Blockade gelockert wird, dass sich die Versorgungslage der Menschen in Gaza verbessert und ihre Bewegungsfreiheit nicht mehr eingeschränkt ist. Aber das kann niemand guten Gewissens fordern, wenn jeden Tag Raketen aus dem Gebiet kommen. Das heißt, zunächst einmal ist dieser Raketenbeschuss zu beenden. Übrigens bin ich der festen Überzeugung, dass sich auch die Mehrheit der Bevölkerung im Gazastreifen dies wünscht. Ganz sicher: Die humanitäre Lage der Menschen dort

ist bedrückend. Aber sie kann erst verbessert werden, wenn Israel sich dadurch nicht einer weiter wachsenden Gefahr aussetzt. Das ist klar.

TRIBÜNE: Verständlicherweise gab es am Anfang der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland Hindernisse auf beiden Seiten. In Israel mobilisierte sich ein nachvollziehbarer Widerstand angesichts der Verbrechen des Holocaust, in Deutschland fürchtete man, mit der Anerkennung Israels die arabischen Staaten zu verärgern und damit deren Anerkennung der DDR im Sinne der Hallstein-Doktrin zu provozieren. Erst Walter Ulbrichts Staatsbesuch in Ägypten führte zum Meinungsumschwung.

MERKEL: Die israelische Zurückhaltung kann ich natürlich nachvollziehen. Die Bedenken auf der anderen, der deutschen Seite resultierten aus der speziellen Situation des geteilten Staates. Heute fällt es schwer, die damalige Haltung zu verstehen, aber es war ohnehin nur eine Frage der Zeit, bis die arabischen Staaten engere Beziehungen zur DDR entwickeln würden. Ich bin jedenfalls froh, dass es schließlich zur Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel kam.

TRIBÜNE: Es muss für Sie nach der deutschen Wiedervereinigung ein grundlegendes Umdenken bedeutet haben, sich nach der oft betonten Freundschaft der DDR mit Yassir Arafat und der PLO plötzlich in einem gesamtdeutschen Staat wiederzufinden, der die »besonderen Beziehungen« mit Israel zum Grundsatz seiner Nahost-Politik gemacht hat.

MERKEL: Nach der Wiedervereinigung war kein so ein großes Umdenken bei mir nötig, weil zwischen der offiziellen DDR-Anschauung und meiner persönlichen Meinung schon damals eine Kluft bestand. Als die erste frei gewählte Volkskammer im Amt war, bestand eine der ersten Handlungen des Parlaments darin, Beziehungen mit Israel anzuknüpfen. In der Erklärung dazu war – wenn ich mich recht erinnere – die Rede von einer neuen Etappe, die man jetzt beginne. Bis dahin hat die DDR Israel einfach ignoriert, für den Arbeiter- und Bauernstaat existierte Israel schlichtweg nicht. Es gab nicht einmal Postverkehr zwischen beiden Staaten. Wenn ich als Wissenschaftlerin Sonderdrucke, also Kopien von Arbeiten israelischer Kollegen haben wollte – so funktionierte das damals, als es noch keine Computer gab –, schrieb ich an amerikanische Kollegen, die dann ihrerseits in Israel einen Sonderdruck anforderten und mir wiederum zuschickten. So viel Zeit hätte man heute gar nicht mehr. Und wir waren natürlich alle froh, als wir endlich im frei gewählten Parlament und mit der frei gewählten Regierung von Lothar de Maizière Israel anerkennen konnten.

TRIBÜNE: Trotz der damals eher zögerlichen Annäherung hat sich das Ansehen Deutschlands in Israel vor allem in den letzten Jahren sehr stark verbessert. Die Bundesrepublik wird als zweitwichtigster internationaler Partner nach den USA betrachtet. Einer von vielen Belegen dafür war die unvergessliche Rede von Bundespräsident Johannes Rau vor der Knesset, die er in deutscher Sprache halten durfte.

MERKEL: Wir haben uns natürlich sehr gefreut, dass Johannes Rau eingeladen wurde, vor der Knesset zu sprechen. Ich finde, er war eine Persönlichkeit, die sehr glaubwürdig darlegen konnte, wie sehr Deutschland als Teil der Beziehungen zu Israel eine Verantwortung für die Vergangenheit sieht, eine immerwährende Verantwortung, die in die Zukunft reicht und mit keiner Generation endet. Es war eine große Geste, Johannes Rau als Bundespräsidenten im israelischen Abgeordnetenhaus auf Deutsch sprechen zu lassen.

TRIBÜNE: Jetzt im März hatten auch Sie die Möglichkeit, vor der Knesset zu reden – eine Premiere anderer Art, sprachen Sie doch als allererstes Regierungsoberhaupt vor dem israelischen Parlament.

MERKEL: Ich habe die Einladung, vor der Knesset sprechen zu dürfen, als eine besondere Ehre empfunden. Das ist und kann für einen Deutschen mit Blick auf den im deutschen

Namen verübten Massenmord an sechs Millionen Juden, der unbeschreibliches Leid über das jüdische Volk gebracht hat, bis heute keine Selbstverständlichkeit sein. Daher habe ich diese Geste des israelischen Parlaments mit großer Dankbarkeit angenommen. Ich bin mir während der Rede erneut der besonderen deutschen Verpflichtung bewusst geworden, das Fundament unserer Beziehungen zu Israel zukunftsorientiert zu entwickeln. Das kann nur im Bewusstsein der historischen Verantwortung gelingen. Auch in der jungen Generation muss die Erinnerung an die Shoah wachgehalten werden. Gleichzeitig gründet sich unsere enge Zusammenarbeit auf die gemeinsamen Werte von Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenwürde. Wir sind Israel zudem durch gemeinsame Interessen und Herausforderungen verbunden, sei es dem Schutz des Klimas oder dem Kampf gegen die neuen Bedrohungen durch Terror oder Massenvernichtungswaffen. Diese doppelte Aufgabe, eine Erinnerungskultur der Zukunft zu entwickeln und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen noch partnerschaftlicher zusammenzuarbeiten, ist Verpflichtung und Herausforderung für die Zukunft. Mit den Regierungskonsultationen, die wir anlässlich des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels durchgeführt haben, konnten wir einen zusätzlichen Impuls setzen.

TRIBÜNE: Trotz Verschiedenheiten gibt es auch grundlegende Übereinstimmungen zwischen Israel und Deutschland. Eine davon ist die wirtschaftliche Grundstruktur: Beide Länder haben ihren wichtigsten Rohstoff in den Köpfen ihrer Bevölkerung und setzen auf technische Innovationen, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Sind die beiden Staaten damit nicht ideale Partner für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit?

MERKEL: Sowohl in Israel als auch in Deutschland gibt es eine große Tradition in den Wissenschaften. Das war ein Grund für meine Begeisterung, als unsere Forschungsministerin Annette Schavan das Jahr der Wissenschaften zwischen beiden Ländern initiiert hat. Bei meiner Reise im März habe ich das Weizmann-Institut besucht, eines der weltweit führenden Forschungsinstitute und zusammen mit der Max-Planck-Gesellschaft Pionier der deutsch-israelischen Wissenschaftskooperation. Die Bedeutung der Vielzahl wissenschaftlicher Kooperationen zwischen Deutschland und Israel reicht jedoch weit über den Forschungsaspekt hinaus: Aus den wissenschaftlichen entwickeln sich menschliche Kontakte, diese weiten sich oft auf die Familien oder Freunde aus und bringen so ganz unterschiedliche Menschen zusammen – das schafft Nähe, die in die Zukunft weist.

TRIBÜNE: Im Grundsatzprogramm ihrer Partei, der CDU, heißt es: »Wir stellen uns der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Wir treten für das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen ein. Deutschland und Europa müssen dazu beitragen, die Krisen des Nahen und mittleren Ostens in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ländern der Region zu bewältigen und den Nahost-Konflikt zu lösen. Dazu gehört ein existenzfähiger palästinensischer Staat.« Wie stellen Sie sich diesen Staat und den Weg dorthin vor, wo doch alle bisherigen Versuche gescheitert sind?

MERKEL: Mit der Roadmap haben wir eine klare Vorgabe. Die bekannten Aspekte werden jetzt in den neuen Gesprächen zwischen Ministerpräsident Olmert und Präsident Abbas wieder abgearbeitet. Es geht natürlich darum, die Grenzen eines lebensfähigen palästinensischen Staates festzulegen, es geht aber auch darum, dass dieser Staat in der Lage ist, die eigene Sicherheit nach innen wie außen zu garantieren. Es muss ein eigenes Rechtssystem aufgebaut und der Bevölkerung ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Unabdingbar dafür ist zum einen die – bis heute nicht verwirklichte – Durchsetzung des Gewaltmonopols der staatlichen Autoritäten. Auf Anregung des Nahost-Quartett-Bbeauftragten Tony Blair

wird Deutschland zu einer Konferenz zur Unterstützung der palästinensischen Polizei und der Justiz einladen. Es geht dabei auch darum, die EU-Polizeimission »EUPOL COPPS« zu stärken, die bereits vor Ort die palästinensischen Sicherheitsbehörden berät. Zum anderen gehört zum neuen Staat selbstverständlich eine verbesserte wirtschaftliche Infrastruktur. Hier gab es durch Maßnahmen des palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad schon einige Fortschritte. Und schließlich muss es eine Einigung bei einer Reihe von weiteren Problemen geben, allen voran der Frage nach dem zukünftigen Status von Jerusalem und dem Umgang mit den Flüchtlingen. Das sind heikle Themen, aber ich hoffe, dass die jetzt regelmäßig stattfindenden Gespräche hier einen Fortschritt bringen.

TRIBÜNE: Welchen Einfluss wird Ihrer Meinung nach der »Bruderkrieg« zwischen Hamas und Fatah auf den Friedensprozess haben?

MERKEL: Von unserer Seite aus kann es eine Kooperation mit der Hamas nur geben, wenn sie die sogenannten Quartettkriterien anerkennt und einhält, das heißt Israels Existenzrecht akzeptiert und auf Gewalt verzichtet. Ich glaube, bei der Fatah, zumindest deren politischer Führung, ist der Wille vorhanden, zu einer solchen Friedenslösung zu kommen. Sowohl die palästinensische als auch die israelische Seite spüren, dass es für beide Völker besser ist, wenn sie einen Modus Vivendi finden.

TRIBÜNE: Gerade das ist aber der Knackpunkt: Man möchte zwar Israel anerkennen, aber nicht als jüdischen Staat. Damit hat auch die Fatah Schwierigkeiten.

MERKEL: Es ist gar keine Frage, dass in Israel auch Menschen arabischer Abstammung leben werden; das tun sie ja heute schon. Aber man kann den israelischen Staat nicht so umkrepeln, dass die jüdische Existenz überhaupt keine Bedeutung mehr hat. Es kann nur eine Zweistaatenlösung geben mit einem jüdischen und einem palästinensischen Staat.

TRIBÜNE: Durch die Shoah und die lange Verweigerung der Aufarbeitung eigener Schuld und Geschichte gehen viele Deutsche bis heute sehr gehemmt mit dem Begriff »Jude« um. Es ist von »Juden in Deutschland« oder sogar »Mitbürgern mosaischen Glaubens« die Rede, wenn deutsche Juden gemeint sind. Eine Normalität, in der von deutschen Juden genauso gesprochen wird wie von Deutschrussen oder Deutschtürken, scheint nicht in Sicht.

MERKEL: Ich glaube, dahinter steckt zum großen Teil mangelndes Wissen über die Frage der jüdischen Abstammung und der Zugehörigkeit zu Israel. Die Unsicherheit entsteht aus dem Wunsch, hier nichts Falsches zu sagen. »Deutsche Juden« oder »Juden in Deutschland« sind für mich völlig normale Begriffe. Es handelt sich um deutsche Staatsbürger mit jüdischer Abstammung. Oft werden sie allerdings gleichgesetzt mit den Einwohnern Israels.

TRIBÜNE: Das ist das Problem!

MERKEL: Sicherlich. Auch ich musste mich erst damit vertraut machen, wann man Jude ist und wann nicht. Viele Menschen wissen auch nicht genau, welche Voraussetzungen maßgebend sind. Ist es der Glaube? Es gibt ja auch Juden, die nicht gläubig sind – also säkulare Juden . . .

TRIBÜNE: . . . sie haben eine jüdische Identität . . .

MERKEL: . . . sie haben eine jüdische Identität, ohne dass sie den Glauben haben. Viele Menschen kennen die Unterschiede nicht oder sind sich nicht sicher, und deshalb kommt es zu einer gewissen Gehemtheit in der Sprache. Auch vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, dass wir uns viel mehr mit dem Judentum und dem Leben von Juden in Deutschland befassen. Das Jüdische Museum hier in Berlin ist zum Beispiel ein wunderbarer und zugleich ergreifender Ort, um zu lernen, wie die Juden in Deutschland als deutsche Staatsbürger gelebt haben, welche Kultur sie uns gebracht haben, wie manche von ihnen – auch schon

vor dem Zweiten Weltkrieg, vor der Shoah – nach Israel gingen, um für die Existenz eines jüdischen Staates zu kämpfen. Es gab aber auch viele, die gerne in Deutschland geblieben wären. Ohne ein besseres Wissen über die Geschichte des Judentums ist es sehr schwer, Unsicherheiten im Umgang miteinander zu überwinden. Wir müssen eben sehr viel mehr übereinander wissen.

TRIBÜNE: Eine allerletzte Frage, die einfachste: Wenn Sie keine viel beschäftigte Spitzenpolitikern wären und ein »Sabbatjahr« in Israel einlegen könnten, wo würden Sie diese zwölf Monate verbringen wollen?

MERKEL: Die einfachste Frage – nicht unbedingt. Ich würde mir erst einmal in Jerusalem sehr viel mehr anschauen, als mir das bisher möglich war. Zweitens würde ich ans Tote Meer fahren, denn das habe ich leider noch nie gesehen. Dann würde ich wieder einmal den See Genezareth besuchen. In Tabah gibt es eine Jugendbegegnungsstätte am Fuß der Golan-Höhen, deren Arbeit faszinierend ist. Und die Landschaft dort fand ich ungeheuer beeindruckend. Weiter ginge es nach Haifa, um die Schule wiederzusehen, in der viele russische Juden unterrichtet wurden – bei uns würde man das »Integrationskurs« nennen. Und meine letzten zwei Monate würde ich in einem Kibbuz verbringen, wahrscheinlich in der Wüste, um mich mit Bewässerungsmethoden zu beschäftigen.

TRIBÜNE: Frau Bundeskanzlerin, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.